



Protokoll der 27. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. August 2015, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Eugster Thomas, Meyer Denise und Rudin Markus

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

://: Dem Antrag der Postulanten wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft „Geschlechtergerechte sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin“ (Nr. 2014/163) auf die Ratssitzung vom 23.09.2015 vertagt. 2014/163

://: Dem stadträtlichen Antrag, dass die erste und auch zweite Lesung der Vorlage „Quartierplanvorschriften Obere Brunnmatt“ (Nr. 2015/184) an der heutigen Sitzung durchgeführt wird, wird vom Einwohnerrat mit 17 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen. 2015/184

1. Protokoll der Ratssitzung vom 24. Juni 2015

://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Bildungsreglement vom 25. Mai 2005, Teilrevision

2015/195

://: Einstimmig wird die Vorlage an die GOR-Kommission zur Vorbereitung überwiesen.

3. Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung - Bericht der GOR-Kommission

2013/38
2013/38a-c

://: Den Anträgen der GOR-Kommission wird zugestimmt.

4. Schulsozialarbeit - Bericht der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zum stadträtlichen Bericht betreffend dem Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion „Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule“

2014/122
2014/122a
2014/122b
2014/122c

://: Den Anträgen der SBK-Kommission wird zugestimmt.

5. Amtsbericht 2014 - Berichte Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission (GPK)

2015/176
2015/176a

://: Der Amtsbericht 2014 wird gemäss GPK-Antrag einstimmig genehmigt.

- | | | |
|-----|--|-----------------------|
| 6. | <p>Quartierplanvorschriften Obere Brunnmatt - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK)
 <i>://: Die QP-Vorschriften werden in einer 1. und 2. Lesung beraten und diese gemäss den Anträgen der BPK-Kommission beschlossen.</i></p> | 2015/184
2015/184a |
| 7. | <p>Fragestunde
 <i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 13 Fragen und 1 Zusatzfrage beantwortet.</i></p> | - |
| 8. | <p>ICT / Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt an der Primarschule als Teil der Umsetzung des Deutschschweizer Lehrplans 21 verpflichtend ab Schuljahr 2015/16
 <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die SBK-Kommission zur Vorberatung überwiesen.</i></p> | 2015/188 |
| 9. | <p>GEP / Revision Genereller Entwässerungsplan (GEP), Bruttokredit von TCHF 442.8
 <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen an die BPK-Kommission überwiesen.</i></p> | 2015/189 |
| 10. | <p>Armut - Postulat „Armut in Liestal: Jährliche Berichterstattung“ von Marianne Quensel und Patrick Mägli der SP-Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/179 |
| 11. | <p>Raumplanerische Zukunft beider Frenkentäler - Schriftliche Antwort Stadtrat betreffend Interpellation zur raumplanerischen Zukunft der beiden Frenkentäler von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/180
2015/180a |
| 12. | <p>Verlauf Einwohnerratsgeschäfte in Webseite - Postulat betreffend Aufnahme des „Verlaufs“ der Einwohnerratsgeschäfte in die Liestaler Webseite von Corinne Hügli der CVP/EVP/GLP-Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/183 |
| 13. | <p>Bäume im Siedlungsgebiet - Postulat „Bäume im Siedlungsgebiet“ von Pascal Porchet der FDP-Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/190 |
| 14. | <p>Lichtemissionen - Interpellation betreffend Lichtemissionen von Anna Ott namens der Grünen Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/192 |
| 15. | <p>Grenzsteine - Interpellation „Grenzen für Grenzsteine?“ von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion
 <i>Vertagt wegen Zeitmangel.</i></p> | 2015/194 |

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates, die Stadtratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur ersten Sitzung im neuen Amtsjahr 2015/2016. In ihrer Antrittsrede richtet sie folgende Worte an die Anwesenden:

*Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat
Liebe Stadträtinnen und Stadträte
Liebe Gäste auf der Tribüne
Liebe Vertreter der Presse*

Ich freue mich, dass ich euch zur ersten Sitzung vom letzten Amtsjahr dieser Legislatur begrüssen darf. Am 28. Februar im nächsten Jahr stehen bereits wieder Wahlen an. Nebst der Bearbeitung und Beratung der Einwohnerratsgeschäfte werdet ihr und eure Parteien also auch mit dem Wahlkampf beschäftigt sein. Ich bin aber zuversichtlich, dass dies den Ratsbetrieb nicht gross beeinträchtigen wird... ausser, dass vielleicht ein paar Vorstösse mehr eingereicht werden und die Fragestunde, wie heute, ein bisschen länger ausfällt. Zum Beginn dieses Amtsjahres habe ich mir ein paar Gedanken gemacht über die Funktion von uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten. Wir vertreten im Rat die Bevölkerung von Liestal, treffen Entscheidungen und gestalten die Zukunft von Liestal mit. Aber was heisst das, die Zukunft gestalten? Als Mutter von zwei kleinen Kindern versuche ich mir manchmal vorzustellen, wie Liestal aussieht, wenn sie grösser sind und wie sich Entscheidungen, die wir heute hier treffen, auf ihre Zukunft auswirken werden. Werfen wir einen Blick ins Jahr 2030, meine Kinder sind bis dann aus der Schule und brauchen keine KiTa und keine familienergänzenden Tagesstrukturen mehr. Falls sie ihr Interesse an der Politik behalten – weil „ane Sitzig go“ ist jetzt schon ein beliebtes Spiel bei uns zuhause – haben sie dann vielleicht die Möglichkeit, sich im Jugendparlament zu engagieren? Vielleicht sind sie auch in der Feuerwehr, können sie dann nach der Feuerwehrübung geschlechtergetrennt duschen? Werden sie noch Grenzsteine im Wald suchen, oder sind die Grenzen bis dann aufgelöst, weil sich die Gemeinden der Frenkentäler zu einer grossen Gemeinde zusammengeschlossen haben? Werden sie noch Easy Vote brauchen oder haben sie in der Schule schon gelernt, wie man mit elektronischen Kommunikationsmedien abstimmen kann? Sicher haben wir bis dann noch ein paar Nachtragskredite bewilligen müssen, um alle Updates und Aktualisierungen bei der Hard- und Software der ICT bezahlen zu können. Die Rathausstrasse ist bis dann hoffentlich saniert und Teil der verkehrsfreien Innenstadt. Oder man kann den ganzen Tag wieder hineinfahren, dort parkieren und der Ortsbus hält vor dem Coop? Aber dann wird das Stedtli hoffentlich schon ab der Seltisbergerstrasse Tempo 30 sein. Im Stedtli besuchen die Jugendlichen den Markt, der bis dann retro und total in ist. Allerdings ist der bis dann vielleicht noch die einzige Einkaufsmöglichkeit in Liestal – das kommt dann ganz auf den Ladenmix an. Und wie sieht es wohl aus, wenn sie abends spät nachhause kommen und die Strassenbeleuchtung schon abgestellt ist? Werden sie über den neuen Bahnhofplatz und über das „Elefantenbrüggli“ ins Stedtli gehen oder fahren sie mit dem Velo der Bahnlinie entlang? Bleibt nur zu hoffen, dass sie im Dunkeln nicht mit einem grossen Einzelbaum im Siedlungsgebiet zusammenstossen. Mit all diesen Fragen werden wir uns in diesem Jahr beschäftigen müssen, denn dies ist eine Auswahl an Themen aus der Pendenzenliste. Wir haben noch viel vor und wie es am Ende rauskommt, wissen wir alle noch nicht. Ich wünsche uns aber allen ein erfolgreiches Amtsjahr, gute Debatten im Rat, spannende Zukunftsvisionen für Liestal und ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) orientiert kurz über einige Punkte der letzten Bürositzung:

- Herr Michael Durrer (GL) darf als Nachrückender der zurückgetretenen Einwohnerrätin Corinne Ruesch als neues Ratsmitglied im Rat begrüsst werden.
Anna Ott (GL) der Grünen Fraktion stellt den neuen Einwohnerratskollegen kurz vor: Herr Durrer ist Sozialpädagoge und arbeitet im Kinder- und Jugendheim in Laufen, er ist in Lausen aufgewachsen und wohnt seit 12 Jahren in Liestal, war in der Pfadi Liestal dabei und ist als aktiver Fasnächtler schon sehr gut in Liestal verwurzelt. Der neue Ratskollege ist 31 Jahre alt und passt somit bestens in die Grüne Fraktion mit jungen Mitgliedern.
- Ebenfalls darf Herr Dominic Odermatt (FDP) im Rat willkommen geheissen werden, welcher anstelle von Frau Sabine Sutter (FDP) seit dem 1. Juli 2015 im Amt ist.
Werner Fischer (FDP) stellt als Fraktionspräsident der FDP den neuen Ratskollegen kurz vor: Herr Odermatt ist in Liestal aufgewachsen und hier auch bestens verwurzelt. Er ist schon längere Zeit in der FDP Liestal aktiv. Er ist Produktmanager bei einer Versicherung und wird ab 1. Oktober 2015 bei der Kantonalbank Luzern eine neue Stelle antreten. Er ist verheiratet und Vater von zwei kleinen Kindern.
- Ratskollegin Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) hat mit Schreiben vom 20. August 2015 ihren Rücktritt per 31. August 2015 bekannt gegeben, welches verlesen wird.
Die von ihr im Einwohnerrat und seinen Kommissionen geleisteten Arbeiten werden bestens verdankt und Corinne Hügli für die Zukunft alles Gute gewünscht.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, rosarot
- Elterninformation „abc...“ vom Bereich Bildung und Sport
- Detail-Terminplan 2016 Einwohnerrat
- Neue Vorstösse Nr. 2015/196 - Nr. 2015/198

Neue persönliche Vorstösse

- Motion für e „Suubers Lieschtel“ der SVP-Fraktion (Nr. 2015/196)
- Postulat „Plastikabfälle wieder verwenden?“ von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion (Nr. 2015/197)
- Interpellation zum Präventionsprojekt „Ufzgi und Tschutte“ von Hanspeter Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2015/198)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------------|--|
| - Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) | Seite A (SP, GL) |
| - Karin Jeitziner (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Patrick Mägli (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass die Verfasser des Postulates „Geschlechterneutrale sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin“ (Nr. 2014/163) die Vertagung des Geschäftes auf die Ratssitzung vom 23. September 2015 beantragen, da sich Postulant Markus Rudin (SVP) wegen Ferienabwesenheit für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass zum Antrag keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag der Postulanten wird einstimmig zugestimmt und das Postulat „Geschlechterneutrale sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin“ (Nr. 2014/163) von der Traktandenlisten der heutigen Ratssitzung abgesetzt und auf die nächste Sitzung vom 23. September 2015 neu traktandiert.

Stadtrat Franz Kaufmann stellt den Antrag, dass das Geschäft „Quartierplanvorschriften Obere Brunnmatt“ (Nr. 2015/184) an der heutigen Sitzung 2-fach beraten wird. In Abweichung zur Traktandenliste könnte die 2. Lesung mit anschliessender Beschlussfassung nach der Pause und „Fragestunde“ durchgeführt werden. Das Projekt entspricht weitgehend der Regelbauweise, es gab keine Beiträge beim Mitwirkungsverfahren und auch bei der BPK-Beratung gab es keinen grossen Diskussionsbedarf. Das Projekt wird durchwegs gelobt und ist ohne Einwände unterwegs. Der BPK-Bericht datiert vom 20. Mai 2015 und ist an der Juni-Sitzung wegen Zeitmangel vertagt worden. Sollte die erste Lesung an der heutigen Sitzung und die zweite Lesung in der September-Sitzung stattfinden, so wäre das Geschäft doch während mehreren Monaten im Einwohnerrat unterwegs. Vom Präsidenten der Paul Schwob-Stiftung ist er bereits betreffend dem Verbleib des Ratsentscheides angesprochen worden. Es wäre deshalb eine nette Geste des Einwohnerrates, wenn er seinen Antrag für zwei Lesungen an der heutigen Sitzung unterstützen würde. Der Rat hatte sich einmal dahingehend geäussert, dass er dies nicht mehr befürworten wird. Er möchte darum bitten, dass man nun nicht auf Prinzipien beharrt, sondern die Ausnahmeregelung gemäss § 78 des Geschäftsreglementes anwendet.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL), informiert darüber, dass sich alle Büromitglieder an der letzten Bürositzung gegen den stadträtlichen Antrag ausgesprochen hatten, sich nun aber doch noch die Fraktionen zum Antrag äussern möchten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass sich die Mittelfraktion dafür ausspreche, dass man die 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 23. September 2015 durchführe.

Werner Fischer (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion unterstütze die ablehnende Haltung des Büros und spreche sich dafür aus, dass die erste und zweite Lesung auch an zwei verschiedenen Sitzungen stattfinde.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass die Notwendigkeit von zwei Lesungen auch ein Beweis für die Wichtigkeit eines Geschäftes ist und man damit auch die Möglichkeit hat, nach der ersten Lesung das Geschäft nochmals zu überdenken. Und wenn dem Stadtrat ein beschleunigtes Verfahren so wichtig ist, so hätte man diesbezüglich bei der Traktandenlisten-Festlegung auch Einfluss nehmen können, was aber anscheinend nicht der Fall war.

Bernhard Bonjour (SP) sagt, dass in seiner Fraktion verschiedene Meinungen betreffend dem stadträtlichen Antrag vertreten werden. Grundsätzlich kann man sich mit den vorgängigen Meinungsäusserungen einverstanden erklären. Gleichzeitig ist man sich aber auch bewusst, dass der Rat nun für die Verzögerungen verantwortlich gemacht wird. Das Büro sollte künftig im Zusammenhang mit der Traktandenlisten-Festlegung darauf schauen, dass Lesungen von Quartierplanungen so traktandiert werden, dass diese wegen Zeitmangel nicht vertagt werden müssen.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, auch seine Fraktion ist der Meinung, dass solch wichtige Geschäfte an zwei verschiedenen Sitzungen behandelt werden sollten. In der Vergangenheit hatte es schon bei mehreren Quartierplänen pressiert, doch ist nach deren Genehmigung dann nichts mehr gegangen.

Diego Stoll (SP) führt aus, dass es wohl schon einen Grund dafür gibt, dass in § 78 des Reglementes steht, dass Quartierpläne in der Regel an zwei Sitzungen behandelt werden sollen. Ein Beharren auf Prinzipien macht im vorliegenden Fall auch wenig Sinn und zudem hatte der Einwohnerrat auch während den letzten zwei Monaten genügend Zeit, sich mit den Vorlagen des Quartierplanes Obere Brunnmatt befassen zu können. Er macht beliebt, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) unterstützt das Votum des Vorredners. Er schlägt vor, dass der Rat erst nach der ersten Lesung entscheiden soll, ob er die zweite Lesung im Anschluss an die Pause der heutigen Sitzung oder aber erst an der September-Sitzung durchführen möchte.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass der Rat nun bei der Traktandenlisten-Bereinigung entscheiden sollte, ob er das Geschäft an der heutigen Sitzung ein- oder zweimal beraten möchte.

Nach erfolgter Umfrage kann sie feststellen, dass zum Antrag keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Antrag des Stadtrates wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen vom Einwohnerrat zugestimmt

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass vom Rat keine weiteren Änderungsanträge betreffend der heutigen Ratssitzung gestellt werden.

288 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 24. Juni 2015

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung eingegangen sind.

Sie kann feststellen, dass zum Geschäft und dem Protokoll aus der Ratsmitte keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 24. Juni 2015 wird einstimmig genehmigt.

289 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Bildungsreglement vom 25. Mai 2005, Teilrevision (Nr. 2015/195)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage Nr. 2015/195 unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass das Geschäft bzw. die Vorlage an die Kommission „Gemeindeordnung und Reglemente“ (GOR) zur Vorberatung überwiesen werden soll. Die Ratsmitglieder möchten sich nun nur dazu äussern, ob das Geschäft an die GOR oder gar an eine andere einwohnerrätliche Kommission überwiesen werden soll, oder ob das Geschäft gar direkt beraten werden soll.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) orientiert, seine Fraktion unterstütze den Vorschlag des Ratsbüros, denn jedes Reglement verdient eine vertiefte Betrachtung in einer vorberatenden Kommission.

Karin Jeitziner (FDP) meint, auch die FDP-Fraktion befürworte eine Beratung des Geschäfts durch die GOR.

Patrick Mägli (SP) informiert, auch seine Fraktion wird der Überweisung an die GOR zustimmen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) meint, man hätte eingangs auch die Eintretensfrage betreffend diesem Geschäft stellen müssen.

Ratspräsident Meret Franke (GL) sagt, dass sie die Eintretensfrage bereits gestellt hatte. Da darauf keine Wortbegehren angemeldet wurden, ist sie von einer stillschweigenden Zustimmung des Rates ausgegangen und hatte deshalb auch nicht über das Eintreten abstimmen lassen.

Anna Ott (GL) erklärt, auch ihre Fraktion stimme einer Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die GOR zu.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2015/195 „Bildungsreglement-Teilrevision“ an die GOR-Kommission zur Vorberatung überwiesen.

290 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS auf Basis der Subjektfinanzierung - Bericht der GOR-Kommission (Nr. 2013/38)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) informiert darüber, dass sich GOR-Präsident Markus Rudin (SVP) wegen Ferienabwesenheit für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste. Gemäss Absprache des GOR-Präsidiums und Beratung an der Bürositzung wird das Geschäft von GOR-Mitglied Patrick Mägli (SP) vertreten.

Patrick Mägli (SP) stellt den Bericht der GOR gemäss Vorlage Nr. 2013/38c vor: Das Geschäft ist an zwei Kommissionssitzungen beraten. In der Diskussion zeigte sich schon sehr schnell ab, dass die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösungsvariante 1 „Subjektfinanzierung mit Kostendach von TCHF 300“ die Vorgaben des Postulates am besten erfüllt. Die Variante 3 „Subjektfinanzierung ohne Kostendach“ hätte für die Stadt nicht kontrollierbare Kosten zur Folge. Die Variante 2 „Objektfinanzierung“ wäre unter Umständen bei der Handhabung einfacher, doch mit dieser Variante kann nicht gewährleistet werden, dass die Subventionsbeiträge auch denjenigen Eltern zukommen würden, welche diese finanzielle Unterstützung auch beanspruchen. Die GOR ist dem Vorschlag des Stadtrates gefolgt und konnte sich dann auch mit der relativ komplexen Umsetzung bzw. dem diesbezüglichen Reglement befassen. Das vorgeschlagene Modell bzw. Reglement wird in einigen Städten und Gemeinden wie Pratteln, Aarau, Zürich usw. bereits umgesetzt, womit sich Liestal nicht auf ein Experiment einlassen muss. Der administrative Aufwand wird auf CHF 30'000.-- pro Jahr beziffert, doch dürfte sich dieser Aufwand bei dem Einkauf einer Software noch reduzieren. Diese Anschaffung ist bereits im Budget 2015 eingestellt. Mit den KITAS hat die Stadt Liestal nun noch Vereinbarungen abzuschliessen. Die Beschränkung auf die KITAS mit dem Standort Liestal ist eine Folge der beschränkt vorhandenen finanziellen Mittel, doch ist diese Eingrenzung von der GOR als zumutbar betrachtet worden. Der Ablauf sowie Prozess betreffend dem Gesuchsverfahren und den Subventionsbeitragszahlungen der Stadt ergeben sich aus den reglementarischen Bestimmungen. Das Modell mit den Bruttonormkosten bringt unter anderem auch einen rechnerischen Minderaufwand mit sich. Da im Reglement zu wenig zum Ausdruck kommt, dass die KITA-Anbieter ausserhalb der subventionierten Betreuungsplätze betreffend der Preisgestaltung frei sind, wird von der GOR der Änderungsantrag betreffend der reglementarischen neuen Bestimmung von § 2 Abs. 2 gestellt. Ansonsten kann die GOR dem Reglement und den übrigen stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Ratspräsidentin Meret Frenke (GL) stellt fest, dass sich nun die Postulanten zum GOR-Bericht äussern können. Postulantin Erika Eichenberger (GL) ist nicht mehr im Einwohnerrat, Mitpostulant Patrick Mägli (SP) hatte soeben den GOR-Bericht vorgestellt und Postulant Thomas Eugster (FDP) musste sich krankheitsbedingt kurzfristig für die heutige Sitzung entschuldigen lassen.

Werner Fischer (FDP) verliert anstelle des erkrankten Mitpostulanten Thomas Eugster (FDP) dessen Votum:

„Zuallererst möchte ich dem Stadtrat für die Ausarbeitung der vorliegenden Lösung danken. Diese Lösung berücksichtigt die Forderungen der Postulanten weitgehend. Die Liestaler-Familien bekommen damit endlich die Möglichkeit, von familienergänzende Tagesstrukturen im Vorschulbereich zu profitieren. Die von der Stadt Liestal eingesetzten Gelder kommen unseren Liestaler-Kindern direkt zu gute und zwar insbesondere Familien und Kindern, die diese Unterstützung auch wirklich benötigen. Meine Damen und Herren, das ist echte Subvention – wir helfen direkt den Kindern und Familien und nicht irgendwelchen Häusern und Institutionen. Mit der vorgeschlagenen Lösung haben wir aber auch die Kosten im Griff - nicht so wie andere Gemeinden wie beispielsweise Zürich, die ein einfacheres Subjektfinanzierungsmodell eingeführt haben, und ihr Modell nun zum Teil anpassen auf eine ähnliche Lösung, wie sie nun für Liestal vorliegt. Der Wermutstropfen mögen die Administrationsko-

sten sein, die mir aber mit 10% von der Gesamtsumme noch verkraftbar erscheinen. Darum empfehle ich die vorliegende Lösung wärmstens zur Annahme.“

Hanspeter Meyer (SVP) sagt, die SVP-Fraktion unterstütze die Anträge der GOR und vorgeschlagene Variante 1. Gegebenenfalls sollte man in einem späteren Zeitpunkt den Mut zu Änderungen und Anpassungen haben, sollte sich ergeben, dass dies halt doch nicht die richtige Lösung ist.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, auch seine Fraktion stimme den GOR-Anträgen zu und ist froh darüber, dass an der heutigen Sitzung endlich Entscheide betreffend einer familienergänzenden Betreuung in KITAS gefällt werden können. Das vorgeschlagene Modell wird unterstützt, denn dieses ist für Liestal im Moment auch die Lösung, die man sich leisten kann. Bei der Ausarbeitung des stadträtlichen Vorschlages wurde gute Arbeit geleistet und man wollte nicht Neues erfinden, sondern hatte sich vielmehr auf bewährte Modelle und Instrumente abgestützt.

Anna Ott (GL) sagt, auch die Grüne Fraktion freue sich über den Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung und wird den Anträgen der GOR zustimmen, zumal die Begehren sowie Bedingungen der Postulanten umgesetzt und erfüllt werden. Das Modell gemäss Variante 1 räumt dem Stadtrat den nötigen Spielraum ein, auf veränderte Umstände reagieren zu können. So kann beispielsweise der Basisbeitrag bei steigender Nachfrage erhöht werden. Der Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung ist ein Entwicklungsschritt, auf den viele Liestaler-Eltern schon sehr lange gewartet haben, denn dieser bringt für Familien mit tieferen und mittleren Einkommen eine Entlastung. Dieser Wechsel wird einen neuen Standortvorteil mit sich bringen, womit Liestal für Familien noch attraktiver wird.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass sie den Ausführungen der Vorredner eigentlich nichts mehr beizufügen habe und die Mittefraktion die GOR-Anträge unterstützen wird. Der Wechsel des Finanzierungsmodells ist sinnvoll und gerecht und mit der vorgeschlagenen Lösungsvariante 1 ist unter anderem auch eine Kostenkontrolle möglich, was beispielsweise bei der Variante 3 nicht möglich wäre. Man findet es jedoch etwas ungerecht, dass beispielsweise steuerzahlenden Eltern gegebenenfalls keine Betreuungsplätze in Liestal angeboten werden können und sich diese dann nach auswärtigen KITAS umsehen müssen. Das Modell wurde aber in der Praxis schon mehrmals umgesetzt und so werden sich diesbezügliche Befürchtungen evtl. gar nicht bewahrheiten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) orientiert, sie habe persönlich als Vorstandsmitglied des „Sunnewirbel“ eine andere Ausgangslage. Mit der bevorzugten Variante 1 kann sie sich schwer anfreunden, denn eine Kontingentierung von KITAS-Plätzen ist keine sozialverträgliche Lösung. Denn es ist keine tolle Lösung, wenn Geschwister auf Wartelisten kommen und so ist Liestal diesbezüglich auch für Neuzuzüger nicht sehr attraktiv. Die familienergänzende Kinderbetreuung beschränkt sich nur auf Kinder im Vorschulbereich. Der Betrag von CHF 30'000.-- für die Administration scheint ihr sehr hoch zu sein und dieser Betrag sollte nicht auch noch vom jährlichen Beitrag von CHF 300'000.- abgezackt werden. Die KITA Feldsäge wurde ja kürzlich eröffnet. Diese ist nicht nur für die Spital-Angestellten, sondern für alle Interessierten offen. Die Infrastruktur wird über das Spital abgewickelt und so müssen diese Kosten nicht auf den Preis abgewälzt werden, weshalb die Preise im Vergleich etwas günstiger sind. Gibt es vielleicht einen anderen Tarif für Eltern, die im Spital arbeiten und subventioniert werden? Sie hätte es begrüsst, wenn man solche Berechnungsbeispiele in den Vorlagen zu diesem Geschäft aufgeführt hätte. Werden nicht beanspruchte finanzielle Mittel des Kostenbeitrages von CHF 300'000.-- pro Jahr dann auf das Folgejahr übertragen? Für sie gibt es noch viele weitere offene Fragen. Sie hofft, dass die im Rat unbestrittene Einführung der Subjektfinanzierung für alle Eltern und KITAS genügend Unterstützung bringt und auch kein Tagi mehr geschlossen werden muss.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) meint, bei der vorgeschlagenen Kompromisslösung wird man halt gegebenenfalls mit kleinen Brötchen backen müssen. Der Stadtrat wird gefordert sein, wenn es darum geht, dass auswärts arbeitende Eltern ihre Kinder auch auswärts betreuen lassen möchten. Und wenn beispielsweise die zur Verfügung stehenden Mittel von CHF 300'000.-- verbraucht sind, jedoch nicht alle Gesuche berücksichtigt werden konnten und Prioritäten gesetzt werden müssen.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, er habe sich damals ebenfalls gegen die erste Vorlage mit Kostenfolgen von rund CHF 790'000.-- pro Jahr gewehrt. Mit der Umstellung des Finanzierungsmodells von der Objekt- auf die Subjektfinanzierung mit jährlichem Kostendach von CHF 300'000.-- kann er sich nun doch einverstanden erklären. Bei der Abstimmung im Zusammenhang mit dem Reglement wird er sich enthalten, denn die Bestimmungen mit Kostendach usw. ist zu komplex. Sein Vorschlag, dass die Elternbeiträge am Ende des Jahres basierend auf deren steuerbaren Einkommen verteilt würden, hatte er zwar eingegeben, doch ist dieser nicht erhört worden.

Stadträtin Marion Schafroth erstaunt die geringe Anzahl der kritischen Stimmen an der heutigen Sitzung eigentlich nicht, ist das Geschäft doch schon seit 2006 im Stadtrat und Einwohnerrat schon mehrmals besprochen worden. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Kompromisslösung ist das Produkt des Postulates und den damit verbundenen Auflagen und Bedingungen. Der fundamentale Schritt und Systemwechsel hin zu einer finanziellen Unterstützung der Direktbetroffenen und nicht von Institutionen wird allgemein befürwortet, obwohl damit auch ein Kostendach verknüpft ist. Es sind Steuerungsmechanismen eingebaut worden, damit man die Kosten auch im Griff haben wird. Für diesen administrativen Aufwand rechnet man mit einem 20%-Stellenpensum. Bisher wurden für die familienergänzende Tagesbetreuung im Vorschulbereich rund CHF 200'000.-- ausgegeben und neu werden es doch CHF 100'000.-- mehr pro Jahr sein. Die angeblich noch vielen offenen Fragen von Ratsmitglied Vreni Wunderlin kann man sicher auch noch beantworten, doch sollte dies wohl eher bilateral ausserhalb der Ratssitzung passieren. Der Stadtrat kann sich mit dem Zusatzantrag der GOR betreffend der Reglementsänderung einverstanden erklären. Nach der heutigen Zustimmung des Einwohnerrates wird die familienergänzende Kinderbetreuung in KITAS im Vorschulbereich ab Januar 2016 umgesetzt und über die diesbezüglichen Erkenntnisse im Amtsbericht berichten. Das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich ist ja bereits eingerichtet.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und informiert über das Abstimmungsprozedere bzw. die Reihenfolge betreffend den Abstimmungen über die einzelnen Anträge.

- ://: Dem stadträtlichen Antrag betreffend dem Erlass des Reglementes über die Subventionierung und die Kostenbeteiligung der Eltern in der familienergänzenden Tagesbetreuung stimmt kein Ratsmitglied zu.
Einstimmig stimmt der Rat dem Änderungsantrag der GOR zu und erlässt das Reglement über die Subventionierung und die Kostenbeteiligung der Eltern in der familienergänzenden Tagesbetreuung mit folgender Änderung von § 2 Abs. 2: *Dieses Reglement gilt nur für subventionierte Betreuungsverhältnisse. Bei den nicht subventionierten Betreuungsverhältnissen sind die Betreuungsanbieter in der Preisgestaltung frei.*
- ://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom Bericht des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2013/38b.
- ://: Der Einwohnerrat genehmigt grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung die jährlich wiederkehrenden Ausgaben von CHF 300'000.--, erstmals ab Budgetjahr 2016, für die Finanzierung der familienergänzenden Tagesbetreuung.

://: Das Postulat Nr. 2013/38 von Erika Eichenberger der Grünen Fraktion, Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Patrick Mägli der SP-Fraktion wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

291 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Schulsozialarbeit - Bericht der Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zum stadträtlichen Bericht betreffend dem Postulat von Dominique Meschberger der SP-Fraktion „Schulsozialarbeit im Kindergarten und in der Primarschule (Nr. 2014/122)

Verena Baumgartner (GL) stellt als neue Präsidentin der SBK den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2014/122c vor, welcher von ihrer Vorgängerin Corinne Ruesch verfasst wurde: Liestal ist keine Pionierin in Sachen Schulsozialarbeit, deshalb konnte sich die SBK ein gutes Bild davon machen, was es heisst, Schulsozialarbeit auf der Primarstufe einzuführen. Gestützt auf die Ausführungen des Stadtrates und der Verwaltung, den Erfahrungsschilderungen aus Füllinsdorf, aber auch gestützt auf die vielen Dokumente zur Situation im Kanton und den Erfahrungen in anderen Kantonen, konnte sich die SBK einen Überblick über die Schulsozialarbeit verschaffen. Speziell seien die wesentlichen drei Punkte der SBK-Beratung hervorgehoben: Die SBK fragte sich, ob die Anbindung der Schulsozialarbeits-Stelle bei der Schulleitung sinnvoll ist, gibt es doch auch Gemeinden, die die Schulsozialarbeit bei den Sozialen Diensten angliedern. Schlussendlich stellte die Kommission fest, dass beide Varianten Vor- und Nachteile haben. Auch wurde besprochen, ob die vorgeschlagenen Stellenprozente nicht zu hoch oder zu tief sind. Da gingen die Meinungen anfangs auseinander. Beim Vergleich mit andern Gemeinden und beim Vergleich von Empfehlungen wurde dann jedoch schnell klar, dass 100 Stellenprozente das Minimum sind für die Grösse der Schule und dass es mit diesen Stellenprozenten nicht möglich sein wird, alle Bedürfnisse aufzunehmen. Die SBK ist aber davon überzeugt, dass diese Stellenprozente genügen, um das Angebot seriös starten zu können. Ferner hat die SBK angeschaut, was denn die Einführung der Schulsozialarbeit auf der Kindergarten- und Primarschulstufe bringe. Auch wenn sich Schulsozialarbeit finanziell lohnt, weil es weniger Heimeintritte gibt oder weniger externe Fachleute beigezogen werden müssen, ist dies nicht der ausschlaggebende Punkt. Der wichtige Punkt ist, dass Lehrpersonen bei Schwierigkeiten entlastet werden können, die weit über den Bildungsauftrag hinausgehen, aber einen direkten Einfluss auf den Unterricht haben. Die SBK ist zum Schluss gekommen, dass der stadträtliche Vorschlag sinnvoll und angemessen ist. Die SBK empfiehlt dem Einwohnerrat darum einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zu folgen. Mit dem Blick auf die weitere Schulraumplanung sei an dieser Stelle noch erwähnt, dass der Entscheid betreffend einer Einführung der Schulsozialarbeit auch in die Schulraumplanung einbezogen werden sollte. Dies muss nicht mit der Schaffung von zusätzlichen Räumen passieren, sondern indem bei der Ausstattung von multifunktionalen Räumen auch daran gedacht wird, dass geeignete und ungestörte Orte für die Beratung im Rahmen der Schulsozialarbeit vorhanden sind. Wie es bei Einführungen von Angeboten üblich ist, wird die Schulleitung nach zwei Jahren Laufzeit eine Evaluation durchführen, damit allfälliges Verbesserungs- und Anpassungspotential erkannt wird. Die Kommission wünscht sich darüber hinaus, dass dieser Evaluationsbericht auch dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Bei dieser Evaluation sollte besonders auch darauf geachtet werden, ob sich die verwaltungsorganisatorische Anbindung der Schulsozialarbeits-Stelle bei der Bildung bewährt hat. Die SBK stellt deshalb einen Zusatzantrag, doch weist die Formulierung dieses Zusatzantrages in der Vorlage Nr. 2014/122c einen Formfehler auf. Der Zusatzantrag der SBK ist betreffend der Auftragserteilung unzulässig und wird wie folgt neu formuliert: *Der Stadtrat wird dazu eingeladen, dem Einwohnerrat über die Evaluation der ersten beiden Schuljahre des Schulsozialarbeitsangebots Bericht zu erstatten, insbesondere auch darüber, ob sich die Unterstellung der Schulsozialarbeiten unter die Schulleitung bewährt hat.* Sie möchte sich am Schluss bei den SBK-Mitgliedern bedanken, welche das Geschäft sorgfältig geprüft hatten und einen guten Bericht erstellt haben. Sie durfte an der letzten Kommissionssitzung vor den Schulferien als Beobachterin dabei sein und hatte einen positiven Eindruck von der Kommissionsarbeit bekommen, weshalb sie sich auch auf die künftige Zusammenarbeit mit den SBK-Mitgliedern freut.

Dominique Meschberger (SP) dankt als Postulantin der SBK für die geleistete Arbeit, bei welcher man nebst dem Fachwissen einiger Kommissionsmitglieder auch von Gemeinderätin Karin Thommen aus Füllinsdorf profitieren konnte, da in der Nachbargemeinde die Schulsozialarbeit auf Primarstufe schon eingerichtet ist. Die Argumente, welche für den Schulsozialarbeitereinsatz sprechen, konnten überzeugen. Die Aufteilung eines 100%-Pensums auf zwei Stellen sowie die Unterstellung unter die Schulleitung wird von der SBK ebenfalls befürwortet. Die Empfehlungen der Kommission kann sie unterstützen und auch dem geänderten Zusatzantrag zustimmen. Sie bittet den Rat, den Anträgen des Stadtrates sowie der SBK zuzustimmen.

Bruno Imsand (FDP) meint, dass man nach dem vorgängig gefällten Entscheid betreffend der Einführung einer familienergänzenden Kinderbetreuung in KITAS nun auch beim vorliegenden Geschäft von einer weiteren Attraktivitätssteigerung in Liestal sprechen kann. Gemäss Rechnung 2014 der Gemeinde Oberwil dürften sich die Kosten für diese Stelle auf rund CHF 150'000.-- belaufen. Ausgangslage sind die Handlungsempfehlungen gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 872 aus dem Jahre 2013. Mit der Harnos-Einführung werden die Folgekosten vermehrt vom Kanton auf die Gemeinden verschoben. Als Stiftungsratspräsident des Schillingsrain kann er dieses Angebot nur loben, denn wenn wegen dem Schulsozialarbeitangebot nur 1 Jugendlicher weniger in ein Heim eingewiesen werden muss, hat sich der finanzielle Mehraufwand bereits gelohnt. Wie bereits in den letzten Tagen in der Presse zu lesen war, soll die Schule ja keine „Kinderreparatur-Anstalt“ sein, indem Erziehungsfragen länger und mehr in den Schulen gelöst werden müssen. Es sollte natürlich schon so sein, dass sich die Lehrerschaft auf die Unterrichtserteilung konzentrieren kann und alle anderen Probleme von Schulsozialarbeitern sowie anderen Spezialisten gelöst werden sollten. Die FDP-Fraktion wird die SBK-Anträge unterstützen.

Michael Durrer (GL) erklärt, dass das Schulsozialarbeit-Angebot auf allen Stufen wichtig ist, denn es hatte sich in den letzten Jahren mehrfach gezeigt, dass sozialarbeiterische Interventionen nicht erst ab einem bestimmten Alter der Kinder auftreten können. Mit dem Zusammentreffen der beiden Systeme Bildung und soziale Arbeit müssen gemeinsame Ziele und Abläufe geklärt werden und so braucht es auch klar definierte Kompetenzen etc., damit eine Zusammenarbeit reibungslos funktionieren kann. Das Funktionieren dieser Zusammenarbeit wird sich dann spätestens bei der Evaluation in zwei Jahren zeigen. Auch wird man dann wissen, ob die bewilligten Stellenprozente der Nachfrage gerecht werden. Auch findet es seine Fraktion sinnvoll, wenn das 100%-Pensum auf eine Frau und einen Mann verteilt würde, damit das Angebot auch für alle besser zugänglich ist. Die Grüne Fraktion wird den Anträgen der SBK ebenfalls zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, seine Fraktion habe sich anfangs etwas schwer getan mit der Vorlage, hatte dann aber im Laufe der Beratung festgestellt, dass sich die Situation an den Schulen verändert hat und Massnahmen zu treffen sind. Was aber bedenklich ist und betroffen macht ist schon die Tatsache, dass die Schulsozialarbeit schon auf der Stufe Kindergarten nötig ist. Seine Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der SBK zustimmen, doch sollten die Kosten unbedingt eingehalten werden.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, die Mittefraktion werde den Anträgen ebenfalls zustimmen. Sie persönlich hat sich als Schulratsmitglied schon seit Jahren mit diesem Thema befasst und habe den Nutzen und die Notwendigkeit einer solchen Stelle erkannt. 13 Gemeinden haben bereits die Schulsozialarbeit eingerichtet und gemäss Vergleich sollte das Stellen-Pensum von 100% für Liestal auch nicht übertrieben sein. Sie ist überzeugt, dass die neue Stelle nicht nur zu einer Verbesserung bei Konflikten im Schultag beiträgt, sondern auch eine präventive Wirkung haben wird.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) berichtet, dass auch der Jugenddienst der Polizei die Schulsozialarbeit als wichtig und unterstützend erachtet. Von der Entwicklung im Asylwesen werden auch die Schulen vermehrt betroffen sein, müssen doch bereits heute Kinder ohne Eltern eingeschult werden. Sie unterstützt die Anträge ebenfalls.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass eine Minderheit der CVP/EVP/GLP-Fraktion ebenfalls den Handlungsbedarf im Bereich Schulsozialarbeit sehe. Bei der Schaffung und Finanzierung der zusätzlichen Stellenprozente ist man zu wenig flexibel, weshalb ein paar Fraktionsmitglieder den ersten Antrag ablehnen werden.

Stadtrat Daniel Muri äussert, er habe das Stadtratsmandat übernommen, als das Geschäft bereits in der Kommission vorberaten wurde. Auch auf der Sekundarschul-Stufe ist die Schulsozialarbeit im Bildungsbereich angebunden. Er dankt für die gute Aufnahme der stadt-rätlichen Anträge und hofft auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und nun über die Anträge abgestimmt werden kann.

://: Der Einwohnerrat genehmigt mit grossem Mehr bei 2 Nein-Stimmen die wiederkehrenden Ausgaben in der Höhe von max. CHF 114'000.- (brutto, inkl. Sozialbeiträge) für die Stelle Schulsozialarbeit (Beginn 2016 ab August = 5/12 resp. CHF 47'000.- brutto).

://: Dem neuformulierten Zusatzantrag der SBK wird grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung zugestimmt und der Stadtrat dazu eingeladen, dem Einwohnerrat über die Evaluation der ersten beiden Schuljahre des Schulsozialarbeitsangebots Bericht zu erstatten, insbesondere auch darüber, ob sich die Unterstellung der Schulsozialarbeitenden unter die Schulleitung bewährt hat.

://: Der Abschreibung des Postulates Nr. 2014/122 wird einstimmig zugestimmt.

292 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Amtsbericht 2014 - Berichte Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2015/176)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) stellt als Präsident der Geschäftsprüfungskommission den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2015/176a vor: Im Amtsbericht ist auf Wunsch der GPK das Kapitel IV „Weitere Geschäfte im Berichtsjahr“ aufgenommen worden. Im 4. Berichtspunkt „Feststellungen“ sind Ergänzungen und Korrekturen betreffend den einwohnerrätlichen Kommissionen aufgeführt. Anlass zu Diskussionen gab die Feststellung, dass verschiedene Projekte des Jahres 2013 auch im Folge- und Berichtsjahr 2014 nicht abgeschlossen werden konnten. Der im Amtsbericht auf Seite 28 erwähnte Berichtspunkt „Liegenschaftskataster“ wurde von der GPK vertiefter angeschaut. Man hofft, dass der Stadtrat im Amtsbericht 2015 betreffend der Kataster-Nachführung ausführlicher berichten wird. Er dankt dem Stadtrat und der Verwaltung nochmals für die geleisteten Arbeiten im vergangenen Jahr sowie die Beantwortung der GPK-Fragen im Zusammenhang mit dem Amtsbericht 2014, welchen die GPK zur Genehmigung beantragt.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) teilt mit, dass der Amtsbericht 2014 verständlich und gut strukturiert ist. Das Unternehmen Stadt Liestal ist gut aufgestellt und die Geschäfte konnten grösstenteils planmässig abgewickelt werden. Nach der leidigen Geschichte mit den unkorrekten Wasserrechnungen konnte man annehmen, dass auf der Stadtverwaltung alles im Lot ist. Doch ist dann noch eine weitere Altlast zum Vorschein gekommen. Nach Hinweis des FIKO-Präsidenten musste man feststellen, dass auch beim Liegenschaftstaster im ähnlichen Rahmen und seit vielen Jahren unqualifiziert gearbeitet wurde. Man kann gar sagen, dass beim Kataster nicht geschaffen, sondern gebastelt wurde, denn von Arbeit kann man beim Passierten nicht sprechen. Die Verwaltung ist an der Reorganisation und Anschaffung des Katasters und wird nach Abschluss der Arbeiten, voraussichtlich per Ende 2015, einen Schlussbericht vorlegen. Leider werden mit solchen Übungen auch Ressourcen der Verwaltung blockiert, was dann zur Folge hat, dass Arbeiten mit zusätzlichem Personal und Zusatzkosten erledigt werden müssen. Oder vielleicht hat man auf der Stadtverwaltung doch zu viel Personal, womit man sich dann solche Übungen auch leisten kann. Solche Vorkommnisse sollten in der zertifizierten Stadtverwaltung nicht vorkommen. Die SVP-Fraktion wird den Genehmigungsanträgen des Stadtrates und der GPK zustimmen.

Werner Fischer (FDP) berichtet, auch seine Fraktion wird den Amtsbericht genehmigen.

Anna Ott (GL) sagt, die Grüne Fraktion wird den Genehmigungsanträgen des Stadtrates und der GPK zustimmen. Die GPK stellte fest, dass im Amtsbericht nicht vollumfänglich alle Arbeiten abgebildet werden, welche von der Verwaltung geleistet werden. In diesem werden ja meist auch nur diejenigen Geschäfte erwähnt, welche nicht zur vollsten Zufriedenheit erledigt werden konnten. In ihrer Fraktion wurden besonders die festgestellten Mängel betreffend dem Liegenschaftskataster und die ausführliche GPK-Beratung dazu diskutiert. Auch ihre Fraktion ist der Ansicht, dass die Nachführungsarbeiten sehr kompliziert und aufwändig sind. Vom Stadtrat und der Verwaltung sind dafür die notwendigen Massnahmen eingeleitet worden, damit solche Fehler nicht mehr passieren. Auch ist sichergestellt, dass dieses Geschäft mit genügend Fachwissen angegangen wird und dieses Wissen bei einem Stellenwechsel nicht verloren geht, sondern weitergegeben wird. Und nach dem Votum ihres Vorredners möchte man davon warnen, eine Fehlerkultur zu pflegen, denn Fehler werden immer wieder passieren. Die Verwaltung soll gewissenhaft arbeiten können, ohne sich vor der GPK fürchten zu müssen, zumal die GPK und auch der Einwohnerrat ebenfalls daran interessiert sein dürften, dass die Stadt Liestal eine attraktive Arbeitgeberin ist und bleibt.

Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass auch ihre Fraktion die Aufnahme des zusätzlichen vierten Kapitels freue. Ebenfalls wird die Anregung der GPK unterstützt, dass unerledigte Geschäfte der Vorjahre künftig im Amtsbericht aufgeführt werden, damit beispielsweise Geschäfte wie die Erarbeitung des Jugendleitbildes nicht vergessen gehen. Die festgestellten Mängel betreffend der Katasternachführung waren natürlich eine negative Überraschung und dürften wohl auf schwerwiegende Führungsfehler zurückzuführen sein. Solche Fehler sollten in einer zertifizierten Gemeinde nicht passieren, denn nach der kürzlichen Geschichte mit den Wasserrechnungen musste schon im Jahr 2002 ein grösserer Schaden wegen nicht-fakturierten Anschlussgebühren zur Kenntnis genommen werden.

Hanspeter Stoll (SP) erwartet vom Ratsbüro, dass künftig die Rechnung und auch der Amtsbericht des gleichen Geschäftsjahres an derselben Sitzung behandelt werden. Letztes Jahr hatten der Stadtrat und auch die Verwaltung grössere Projekte sowie Aufgaben wie die Sanierung der Frenken-Schulanlage, die Ausfinanzierung der Pensionskasse, diverse Quartierplanungen, die Bahnhofentwicklung, die Aufgabenüberprüfung usw. in Arbeit, was im Amtsbericht nicht speziell erwähnt wird, dennoch aber auch gewürdigt und verdankt werden sollte. Der Sachverhalt betreffend der Katasterproblematik, den diesbezüglichen Abklärungen und dem weiteren Vorgehen ist im GPK-Bericht gut umschrieben. Ganz wichtig ist aber doch, dass für dieses Geschäft neu die Buchhaltung verantwortlich zeichnet, denn die gemachten Fehler sind unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass das Katasterwesen seit Jahren immer wieder stiefmütterlich behandelt und von der einen zur anderen Abteilung geschoben wurde. Der Sachverständige für das Katasterwesen in der Buchhaltung hat zwischenzeitlich die Stelle gewechselt, deshalb ist es wichtig, dass man auch künftig dem Katasterwesen die gebührende Beachtung schenken wird. Die SP-Fraktion wird den Amtsbericht ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt der GPK ebenfalls für die Vorberatung und die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit dem Amtsbericht 2014 sowie die Aufarbeitung der Situation betreffend dem Liegenschaftskataster. Inhaltlich hatte der Vorredner das intensive Jahr 2014 bereits Revue passieren lassen und so verzichtete er auf Wiederholungen. Im Zusammenhang mit der Kataster-Nachführung und anderen früheren Vorkommnissen stellt sich doch die grundsätzliche Frage, wie man ganz generell mit passiertten Fehlern umgehen wird, denn solche sind passiert und es wird auch künftig immer wieder Fehler geben, obwohl die Verwaltung zertifiziert ist. Die Fehlerkultur muss gepflegt werden und in erster Linie soll es eine Lernkultur sein. Fehler sollen vermieden, aber nicht tabuliert werden. Es ist richtig, dass Mängel und Fehler auch im Zusammenhang mit dem Amtsbericht des Stadtrates thematisiert werden. Eine ausschliesslich negative Auseinandersetzung sowie Beurteilung von Fehlern, die übermässige Suche nach Schuldigen usw. bringt aber Liestal auch nicht weiter. Auch möchte man nicht, dass keine Führungsverantwortung übernommen wird oder diese gar abgeschoben wird. Individuelle Lernprozesse und organisatorische Massnahmen sollen ergriffen werden, um aus Fehlern, Irrtümern oder gar Missverständnissen lernen zu können. Zu Beginn der laufenden Amtsperiode wurden vom Stadtrat qualitative Mängel beim Liegenschaftskataster erkannt und umgehend Massnahmen eingeleitet. So ist das Katasterwesen von der Verwaltungspolizei in die Buchhaltung neu zugeteilt worden, wo auch mit Unterstützung von temporären Ressourcen versucht wurde, den Kataster auf Vordermann zu bringen bzw. den ganzen Liegenschaftskataster zu überarbeiten. Diese Arbeiten sollten bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Die Aufarbeitung und Nachführung des Katasters ist mit zusätzlichen Personalkosten von rund CHF 150'000.-- für Temporärarbeitskräfte verbunden. Diese Kosten sind auch im Budget veranschlagt.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der GPK genehmigt der Einwohnerrat einstimmig den Amtsbericht 2014.

293 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Quartierplanvorschriften Obere Brunnmatt - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission; 1. + 2 Lesung (Nr. 2015/184)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist und das Geschäft vor der Pause nun in einer ersten Lesung beraten wird.

Diego Stoll (SP) stellt als Präsident der Bau- und Planungskommission den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2015/184a vor: Das Geschäft konnte an der Sitzung vom 20.05.2015 abschliessend von der Kommission behandelt werden. Die Überbauung mit 18 Alters-Mietwohnungen steht auf Bürgergemeindeland und wird von der Paul Schwob-Stiftung als Baurechtsnehmerin realisiert. Das Investitionsvolumen ohne Land beläuft sich auf rund 8 Mio. Franken. Das Projekt ist in der BPK sehr gut angekommen und fängt auch das Bedürfnis betreffend Mietwohnungen für ältere Leute auf. Die Inputs der Investoren und auch der BPK wurden aufgenommen und auch mit dem Änderungsantrag der BPK betreffend § 5 Abs. 6 des QP-Reglementes können sich alle Beteiligten einverstanden erklären.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, dass die Mittefraktion die BPK-Anträge unterstützen wird. Das Projekt stösst allgemein auf eine grosse Akzeptanz. Die neue Fusswegverbindung wird begrüsst und die neuen Wohnungen für Seniorinnen und Senioren entsprechen einem grossen Bedarf, weshalb bereits heute eine Warteliste besteht. Das Angebot an oberirdischen Parkplätzen ist wohl eher bescheiden. Die Erschliessung über die Heidenlochstrasse muss auch wegen dem angrenzenden Spielplatz sorgfältig geplant werden. Sie persönlich hofft, dass der Spielplatz nebenan noch lange erhalten bleibt.

Pascal Porchet (FDP) führt aus, dass der QP in ein ruhiges Quartier eingebunden ist. Mit dem Angebot neuer Alterswohnungen werden hoffentlich nicht noch mehr Senioren ins Tertianum nach Basel zügeln, sondern auch weiterhin in Liestal bleiben und hier ihr Vermögen versteuern werden. Betreffend dem eingangs gefällten Entscheid, dass das Geschäft an der heutigen Sitzung zweifach beraten wird, möchte er sich nicht äussern.

Hanspeter Zumsteg (GL) sagt, dass es sich beim vorliegenden QP um eine rundum gute Sache handle. Er möchte ein paar positive Stichworte erwähnen: zentrumsnah, an Bushaltestelle gelegen, Vermietung an Liestaler-Senioren über 65 Jahren, Anbindung an benachbartes Altersheim mit möglichen nutzbaren Dienstleistungen, moderate Mietzinse, öffentliche Durchgänge und Freiflächen mit Spielplatz. Ganz besonders freut ihn, dass erstmals in einem Quartierplan die Sonnenenergie-Nutzung für die Warmwasseraufbereitung vorgesehen ist. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) sagt, dass auch die SVP-Fraktion den Anträgen zustimmen wird und das Wichtigste bereits gesagt wurde. Betreffend dem vorgängigen Entscheid bezüglich den zwei Lesungen an derselben Sitzung möchte er nochmals in Erinnerung rufen, dass der Rat und die BPK bereits bei den Quartierplanungen Rebgarten und Ziegelhof gedrängt wurden und nach Jahren liegen beide Planungen immer noch brach. Von der reglementarischen Ausnahmeregelung sollte künftig wirklich nur in Notsituationen Gebrauch gemacht werden.

Fabian Eisenring (SP) sagt, auch die SP-Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen. Von allen Beteiligten wurde gute Arbeit geleistet und das Projekt begeistert durchwegs.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus der Ratsmitte keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die gute Aufnahme im Rat und stellt fest, dass die Bauprofile bereits stehen und deshalb dürfte es beim vorliegenden QP wohl kaum zu Verzögerungen kommen bzw. die Planung zur Brache werden. Alle positiven Aspekte wurden schon von den Vorrednern erwähnt und speziell ist schon, dass für die 18 Alters-Mietwohnungen bereits 46 Anfragen von interessierten Mietern eingegangen sind.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und die 1. Lesung der QP-Vorschriften Obere Brunnmatt somit abgeschlossen ist.

[Unterbruch Sitzung / Pause]

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach der Sitzungspause und „Fragestunde“ fest, dass das Geschäft QP Obere Brunnmatt gemäss Entscheid im Zusammenhang mit der Traktandenlisten-Bereinigung nun in einer 2. Lesung beraten und anschliessend beschlossen wird. Die Ratsmitglieder möchten sich nun zu Wort melden.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf die Dauer der vorgängigen „Fragestunde“ von über einer halben Stunde und bedankt sich dafür, dass der Rat das Geschäftsreglement auch hier etwas extensiv ausgelegt hatte, wie er dies vorgängig bei der Traktandenlistenbereinigung ebenfalls wegen der 2-fachen Beratung des QP Obere Brunnmatt getan hatte.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass aus dem Einwohnerrat und Stadtrat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden, weshalb nun über die Anträge der BPK und des Stadtrates abgestimmt werden kann.

- ://: Dem BPK-Antrag gemäss Vorlage Nr. 2015/184a wird einstimmig zugestimmt und § 5 Absatz 6 des Quartierplan-Reglements „Obere Brunnmatt“ wie folgt abgeändert: „Die Sockelgeschosshöhe darf im Baubereich A maximal 2.00 Meter und im Baubereich B talseits maximal 3.00 Meter und bergseits maximal 1.50 Meter in Erscheinung treten.
- ://: Einstimmig beschliesst der Rat gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission (BPK) die Quartierplanvorschriften „Obere Brunnmatt“, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 20.03.2015 und dem Situationsplan/Schnittplan 1:500 vom 20. März 2015.

294 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Fabian Eisenring (SP) - Bring- und Holtag

Am 18. April dieses Jahres fand der Bring- und Holtag im Werkhof statt. Diese Veranstaltung wurde rege besucht, wird aber nur alle 2 Jahre durchgeführt, wieso nicht jedes Jahr?

Stadträtin Regula Nebiker: Für den Bring- und Holtag ist vor Jahren ein Zweijahresturnus bestimmt worden. Bis jetzt hatte sich eine jährliche Durchführung nicht aufgedrängt. Dieser Anlass ist mit einem recht grossen organisatorischen und personellen Aufwand verbunden, doch werden die Betriebe nach dem diesjährigen Anlass prüfen, ob dieser künftig jährlich durchgeführt werden könnte.

2. Frage / Patrick Mägli (SP) - Parkverbot an Mattenstrasse, Mattenweg, Spitzackerstrasse

Vor zwei Jahren wurde im Bereich Mattenstrasse, Mattenweg sowie Spitzackerstrasse bis und mit Nr. 17 ein allgemeines Parkverbot eingeführt, da die betroffenen Strassen für Parkplätze wegen Feuerwehr und Abfallentsorgung zu eng seien. Immer wieder passieren seither durchfahrende Fahrzeuge die betroffenen Strassen wegen dem Wegfall der parkierten Autos mit erhöhter Geschwindigkeit, was eine grosse Gefahr für die vielen Kinder im Quartier darstellt. Gegen das Verbot hat die Anwohnerschaft eine Petition eingereicht, mit der Bitte, die viel zu radikale Massnahme rückgängig zu machen. Vertreter der Stadt haben daraufhin signalisiert, das Verbot noch einmal zu überprüfen und allenfalls an einigen Stellen Parkplätze einzuführen, so beispielweise an der Spitzackerstrasse auf der Höhe Römerweg. Seither ist nichts passiert. Ich habe folgende Fragen an den Stadtrat:

Bis wann wird der Stadtrat die zu weitgehende Verbotsregelung überprüfen und an gewissen Stellen wieder Parkplätze einführen?

Wieso wurden letztes Jahr zwei der einzigen Parkplätze im betroffenen Gebiet an der Bruckackerstrasse kostenpflichtig?

Stadtrat Franz Kaufmann: Die Parkplätze wurden wegen Konflikten betreffend dem Kehrrichtabfuhrwagen aufgehoben. Im Rahmen der Markierungsarbeiten in der Langhagstrasse werden noch die zusätzlichen 2 - 3 Parkplätze in der Spitzackerstrasse wieder markiert. Die Bruckackerstrasse ist gemäss Parkierungsverordnung in der Zone „Öffentliche Bauten und Anlagen“ eingeteilt. Die erwähnten zwei Parkplätze beim Burg-Schulhaus waren dauernd besetzt und deshalb ist die Parkgebühr eingeführt worden.

3. Frage / Marianne Quensel (SP) - Sparmassnahmen

Welche Auswirkungen haben die Sparmassnahmen für Liestal? Was ist abschätzbar und kann schon berichtet werden?

Stadtpräsident Lukas Ott: Die konkreten Auswirkungen für die Gemeinden können nur sehr schwer abgeschätzt werden, da es sich ja wohl eher um eine Finanzstrategie als um ein Sparpaket handelt. In drei Bereichen dürften die Gemeinden betroffen sein. Bei den Pflege- und Normkosten hatten die Gemeinden in den letzten Jahren unfreiwillige Vorfinanzierungen zu leisten und mit dem Verzicht auf die Rückerstattung an die Gemeinden müsste Liestal Mindereinnahmen in den Jahren 2015 und 2016 von je rund CHF 750'000.-- in Kauf nehmen. Das werden die Gemeinden nicht so hinnehmen, weshalb man sich diesbezüglich bereits Massnahmen überlegt. Die Vorlage betreffend der Lohnkürzung von 1 Prozente dürfte dem Landrat im Herbst vorgelegt werden. Bei einer Gutheissung des regierungsrätlichen Vorschlages würde sich für die Stadt Liestal ein Minderaufwand von rund TCH 90'000.-- alleine betreffend den Lohnkosten für das kommunale Lehrpersonal ergeben. Verschiedene Subventionsverhältnisse im Bereich von Beratungsstellen, unterstützungswürdigen Personen usw. sollen aufgelöst oder stark eingeschränkt werden, was ihm persönlich doch grosse Sorgen macht, denn die Zeche werden dann die Gemeinden bezahlen müssen.

4. Frage / Daniel Spinnler (FDP) - Wirtschaftsoffensive kantonal

Bezogen auf Liestal: Wo steht die kantonale Wirtschaftsoffensive aktuell? Welche Neuigkeiten gibt es hierzu?

Stadtpräsident Lukas Ott: Es kann von einer guten Zusammenarbeit zwischen der Stadt Liestal und der kant. Wirtschaftsförderung gesprochen werden. Die drei kommunalen Areale „Altmarkt“, „Industriestrasse“, „Bahnhof und Oristal“ sind ja auch in der kantonalen Wirtschaftsoffensive hinterlegt und vor allem im letztgenannten Gebiet tut sich in letzter Zeit doch einiges. Der Kanton partizipiert sich ja im Perimeter des Bahnhofareals selber mit dem Verwaltungszentrum-Projekt.

5. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Sprayereien im öffentlichen Raum

Der Bereich Betriebe hat vor geraumer Zeit ein Hochdruckreinigungsgerät angeschafft, um Sprayereien im öffentlichen Raum oder auf Wunsch auch an Privatbesitz entfernen zu können. Wie viele Sprayereien konnten damit in der Zwischenzeit entfernt werden, konnten bereits alle bestehenden Sprayereien entfernt werden oder besteht noch eine Warteliste?

Stadträtin Regula Nebiker: Es muss präzisiert werden, dass es sich nicht um einen Hochdruckreiniger, sondern um ein spezielles Reinigungsgerät handelt, wobei der Umgang damit einem gewissen Knowhow bedarf. Die Sprayereien sind im letzten Jahr stark zurückgegangen. Auch werden Sprayereien im Einverständnis mit den Eigentümern ebenfalls bei Privatigentum entfernt. Bis zum Wintereinbruch sollten möglichst alle Sprayereien entfernt sein. Über die Anzahl der entfernten Sprayereien wird keine Statistik geführt.

6. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Schulferienangebote im Rahmen familienergänzender Tagesstrukturen

Hat es während den Schulferien Angebote im Rahmen der familienergänzenden Tagesstrukturen gegeben? Wenn ja, wie wurden sie genutzt?

Stadtrat Daniel Muri: Der Verein Ferienbetreuungsinitiative (www.fbi-liestal.ch) zeichnet verantwortlich für die Angebote während den Schulferien und die Stadt stellt lediglich die Infrastruktur zur Verfügung. In den Fasnachtsferien wurden 85 Plätze, in den Osterferien wurden 43 Plätze und in den Sommerferien 1433 Plätze belegt.

7. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Mittagstisch + Module familienerg. Tagesstrukturen

Nach den Sommerferien hat nun wieder die Schule begonnen und damit auch der normale Betrieb der familienergänzenden Tagesstrukturen. Wie hoch ist aktuell die Belegung des Mittagstisches und der Module? Wieviel wird von den Eltern durchschnittlich für ein Modul bezahlt?

Stadtrat Daniel Muri: Die Nachfrage ist steigend und so sind folgend Zahlen zu verzeichnen: Montag = 43, Dienstag = 51, Mittwoch = 11, Donnerstag = 17 und Freitag = 57 Kinder. Bei der Nachmittagsbetreuung mit zwei Modulen sind zwischen 6 und 17 Kinder zu betreuen. Die Elternbeiträge richten sich nach dem steuerbaren Einkommen, doch gemäss Tarifreglement ist die Nutzung dieses Angebotes bis zu einem steuerbaren Einkommen von CHF 50'000.-- kostenlos. Für die Nachmittagsbetreuung leisten im laufenden Schuljahr 37 Eltern einen Beitrag, wobei der Durchschnitt bei CHF 10.-- für das Modul 1 und CHF 14.-- für das Modul 2 liegt.

8. Frage / Thomas Eugster (FDP) - Schulhaus-Sanierung „Frenke“, Terminplan

Die Sanierung des Primarschulhauses Liestal ist zur Zeit das grösste laufende Projekt, das unter der Führung des Stadtbauamts realisiert wird. Ist das Projekt im Zeitplan? Hat die Stadt genügend Vorkehrungen getroffen, dass Sie durch die externe Projektleitung regelmässig über die Einhaltung des Terminplans informiert wird und Verzögerungen im Projektverlauf rasch erkannt werden?

Stadtrat Franz Kaufmann: Nach dem positiven Abstimmungsresultat an der Urne wurde umgehend ein Projektmanagement installiert. Für das Projektcontrolling ist der Abteilungsleiter Hochbau verantwortlich. Da das Stadtbauamt wieder personell besetzt ist, kann man darauf verzichten, eine externe Bauherrenvertretung zu beauftragen.

9. Frage / Max Schäublin (FDP) - Friedhoffonds-Verwendung

Im Laufe des Jahres 2014 wurden aus dem Friedhoffonds ca. CHF 70'000.– an die drei Landeskirchen in unserer Stadt ausbezahlt. Seit langer Zeit ist ein Friedhoffonds-Reglement in der Verwaltung zur Überarbeitung pendent. Fragen: Wird dieses Reglement überhaupt noch überarbeitet? Wie soll der Restsaldo von ca. CHF 90'000.– ohne angepasstes Reglement verwendet werden? Werden weitere Gelder ausbezahlt? Für die Kirchgemeinden wäre dies im Rahmen der Budgetierung noch eine wichtige Information.

Stadträtin Marion Schafroth: Im Friedhoffonds waren ursprünglich CHF 120'000.-- und dessen Verwendung ist nicht in einem Reglement festgehalten, sondern wird in einer Richtlinie geregelt. Der Fonds wurde mit Kollekten und Begräbnisopfern gespiesen. Ein Teil des Kapitals ist den Kirchen zugesprochen worden und der Anteil der Stadt Liestal ist für soziale Härtefälle sowie für soziale und kulturelle Projekte verwendet worden. Im Konsens mit den Kirchen hatte man festgestellt und entschieden, dass die Richtlinie nicht mehr zeitgemäss ist und so ist den Kirchgemeinden der Betrag von CHF 70'000.-- überwiesen worden. Der Rest des Kapitals verblieb bei der Stadt und wurde für den gleichen Verwendungszweck wie früher verwendet. Der Fonds wird sich langsam leeren, nicht mehr angeäufnet und aufgehoben, sobald keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung stehen.

10. Frage / Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) - Todesfall Velofahrerin

Getötete Velofahrerin in Liestal – wie viele noch?

Laut Polizeirapport ist am letzten Freitagabend auf der Kreuzung der alten Umfahrungsstrasse beim Hallenbad in Liestal eine korrekt fahrende Velofahrerin von einer unaufmerksamen 45-jährigen Autofahrerin getötet worden. Die gestorbene alleinerziehende Mutter hinterlässt einen 8-jährigen Sohn. An der gleichen Kreuzung sind offenbar schon mehrfach vergleichbare Unfälle passiert. Dies nachdem vor kurzem ein anderer unachtsamer Autofahrer beim Öffnen der Autotür auf einem Parkplatz, wie sie auch in Liestal häufig vorkommen, z.B. in der Kasernenstrasse, einen Velofahrer getötet hat. Fragen:

1. Wann und durch welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat dafür zu sorgen, dass die Sicherheit der Velofahrer in Liestal systematisch verbessert wird?
2. Ist dem Stadtrat bekannt, dass es auf der gleichen Kreuzung schon mehrfach zu Unfällen mit Zweirädern gekommen ist?
3. Besteht für Liestal das Risiko, dass wegen offensichtlicher Sicherheitsmängel im Strassenbereich, wie heute bei der Hallenbadkreuzung oder bei den Autoparkplätzen entlang der Kasernenstrasse, Forderungen aus Werkeigentümerhaftung auf die Stadt zukommen? Ist der Stadtrat bereit, beim Kanton zu intervenieren, dass die Kantonsstrassen in Liestal durch konkrete Massnahmen in einem verbindlichen Zeitplan für Velofahrer systematisch verbessert werden?
4. Ist der Stadtrat konkret bereit, dafür zu sorgen, dass an Stelle der heutigen Vortrittsregelung auf der Unfallkreuzung vor dem Hallenbad neu eine Stoppstrasse eingerichtet wird?

Stadtrat Franz Kaufmann: Der Unfall und Todesfall macht schon sehr betroffen. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Strassennetzplanes wird man auch sicheren Verbindungen für die Fussgänger und Velofahrer die gebührende Beachtung schenken. Es besteht bereits ein Massnahmenkatalog und so ist beispielsweise bereits eine Velospur bei der Burgstrasse realisiert worden. Aktuell wird auf der Rheinstrasse eine beidseitige Velospur realisiert. Dem Stadtrat ist bekannt, dass es bei der erwähnten Kreuzung schon zu mehreren Unfällen gekommen ist. Wenn Bauwerke intakt sind und zweckgemäss gebraucht werden, haften die Eigentümer nicht. Der Leiter Tiefbau ist bereits im Kontakt mit dem Tiefbauamt des Kantons und der Polizei, um die Situation bei der erwähnten Kreuzung analysieren zu können und gegebenenfalls Massnahmen zu ergreifen, denn die Situation bei dieser Kreuzung ist für alle Verkehrsteilnehmer nicht ungefährlich.

11. Frage / Verena Baumgartner (GL) - Ziegelhof-Areal, Quartierplanung

Das Ziegelhofareal – seit mehreren Jahren eine ungenutzte Brache in Liestal

Obwohl die Einsprachen nicht ans Bundesgericht weitergezogen wurden und der QP grünes Licht hat, ist es ruhig geworden ums Ziegelhofareal. In der bz war zu lesen, dass Coop (der geplante Ankermieter) zu seinen Ziegelhofplänen sehr vage und zurückhaltend bleibe. Es ist also damit zu rechnen, dass noch einige Zeit verstreichen wird, bis das Areal zu seiner neuen Bestimmung kommt. Dazu folgende Fragen: Hat der Stadtrat ein Interesse daran, dass das Ziegelhofareal für Veranstaltungen, Vereine und private Nutzer für eine erweiterte Zwischennutzung zur Verfügung stehen kann? – und wenn ja: Ist der Stadtrat bereit, sich beim Investor und den Zwischennutzungsvereinen, z.B. in der Rolle eines Mediators, für konkrete Pläne einzusetzen?

Stadtpräsident Lukas Ott: Seit einigen Wochen liegt der rechtskräftige QP vor und das Baugesuch kann eingereicht werden. Auch der Stadtrat ist gespannt, welche Entscheide in dieser entscheidenden Phase gefällt werden. Es ist aber nicht die Aufgabe des Stadtrates, irgendwelche Pläne und Absichten von Coop zu kommunizieren. Es findet ein regelmässiger Austausch mit den Eigentümern, Investoren usw. statt und der Stadtrat hatte sich im Einwohnerrat schon einmal dahingehend geäussert, dass man möglichen Zwischennutzungen offen gegenüber stehe. Bereits beim Konrad Peter-Areal mussten Hallen weichen und das Areal wurde dann während längerer Zeit nur gerade als Parkplatz genutzt. Man möchte nicht weitere bestehende Ressourcen verschleudern, so wird der Stadtrat künftige Abrissbewilligungen nur noch unterstützen, wenn auch die Baubewilligung für die Neubaute vorliegt. Einen Abbruch auf Vorrat möchte man in Liestal nicht mehr erleben. Beim Ziegelhofareal gibt es bereits eine Interessengemeinschaft, welche sich um dortige Veranstaltungen kümmert. Problematisch ist aber, dass die Sanitäreanlagen in einem schlechten Zustand sind, was eine Zwischennutzung erschwert.

12. Frage / Werner Fischer (FDP) - Umzonung „Tiergartenfeld“

Die Stadt Liestal will das „Tiergartenfeld“ in eine Landwirtschaftszone mit überlagerter Landschaftsschutzzone umzonen. Es kann doch nicht sein, dass links der Tiergartenstrasse gebaut werden darf, rechts aber nicht. Was hat den Stadtrat zu dieser Umzonung veranlasst? Welche finanziellen Folgen hätte dies für die Stadt?

Stadtrat Franz Kaufmann beantwortet die Fragen anhand von Situationsplänen: Das Wort „Umzonung“ ist nicht korrekt. Im Jahre 2010 ist vom Regierungsrat die revidierte Ortsplanung genehmigt worden, mit welcher auch die Baugebietsperimeter festgelegt wurden. Dabei wurde das Tiergartenfeld nicht dem Baugebiet zugewiesen. Mit der nun laufenden Mutation Zonenplan Landschaft handelt es sich nicht um eine Umzonung, sondern um eine Zuweisung des Tiergartenfeldes von einer „Zone deren Nutzung noch nicht bestimmt ist“ in eine „Landwirtschaftszone“. In der Bauzone ändert sich mit dieser Mutation nichts.

Werner Fischer (FDP) stellt die Zusatzfrage, weshalb denn die vorerwähnte Mutation und Umzonung nicht früher getätigt wurde.

Stadtrat Franz Kaufmann teilt mit, dass früher von der sogenannten „Bauerwartungszone“ die Rede war, in welcher das erwähnte Grundstück früher auch drin war. Diese Zone gibt es schon lange nicht mehr.

13. Frage / Werner Fischer (FDP) - Klimagerät, Rathaus

Auf dem Fensterbank des alten Rathauses im 2. Stock, ist seit einiger Zeit ein Klimagerät. Wurde dafür eine Bewilligung eingeholt? Welches sind die Gründe die zu diesem Präzedenzfall geführt haben?

Stadträtin Marion Schafroth: Das Aufstellen des Klimagerätes ist nicht bewilligungspflichtig, da dieses nur temporär aufgestellt und nicht fix installiert wurde. In der vergangenen Hitzeperiode ist das Gerät im Büro der Administration der Sozialen Dienste hingestellt worden, in welchem 6 Personen arbeiten und wo über 36° gemessen wurden. Dieses Gerät wird nun bald wieder entfernt.

14. Frage / Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) - Umfahrungsstrasse, Sperrung für LKW's

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass er rechtzeitig eine weitere Frage betreffend der Umfahrungsstrasse eingereichte hatte, welche er auch noch beantwortet haben möchte. Der Mail-Eingang ist ihm vom Ratsschreiber bestätigt worden.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) bittet den Fragesteller um das Verlesen seiner Fragen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) verliest die von ihm eingereichte Frage:

Umfahrungsstrasse demnächst für Lastwagen gesperrt?

Gerüchteweise ist in Liestal zu hören, dass der Kanton beabsichtigt, die Umfahrungsstrasse wegen massiver Werkmängel demnächst für Lastwagen zu sperren.

Fragen:

1. Ist dem Stadtrat bekannt, dass der Kanton die Umfahrungsstrasse demnächst für Lastwagen zu sperren gedenkt?
2. Welcher Art sind die Mängel der Umfahrungsstrasse?
3. Ist für die Benutzer der Umfahrungsstrasse die Sicherheit uneingeschränkt gewährleistet, dass die Strasse nicht einbricht?
4. Was sind die Konsequenzen einer teilweisen oder vollständigen Sperrung der Umfahrungsstrasse während mehrerer Jahre für die Stadt Liestal?
5. Welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat zu ergreifen, um die Situation möglichst rasch zu klären und den Kanton zu bewegen, für eine langfristig sichere Umfahrungsstrasse zu sorgen?

Stadtpräsident Lukas Ott erklärt, dass er die Fragen erstmals hört und diese dennoch zu beantworten versucht. Die Fragen sind aber recht umfangreich und komplex, weshalb er die Empfehlung abgeben möchte, diese nächstes Mal in einer Interpellation als Vorstoss einzureichen.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, es macht wirklich keinen Sinn, wenn der Stadtrat nun versuchen würde, seine Fragen aus dem Stegreif beantworten zu wollen. Er wird die gestellten Fragen in einer Interpellation einreichen und hofft, dass diese heute noch entgegen genommen wird.

295 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. ICT / Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien als Unterrichtsmittel und Lerninhalt an der Primarschule als Teil der Umsetzung des Deutschschweizer Lehrplans 21 verpflichtend ab Schuljahr 2015/16 (Nr. 2015/188)

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft im Rat unbestritten ist. Sie informiert darüber, dass das Büro dem Rat die Überweisung der Vorlage an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) vorschlägt, wozu sich nun die Ratsmitglieder äussern möchten.

Bruno Imsand (FDP) führt aus, die FDP-Fraktion könne sich mit dem Vorschlag des Büros einverstanden erklären. Zuhanden des Protokolls und der SBK möchte er noch festhalten, dass es sich um eine sehr technische Vorlage handelt, das pädagogische Konzept noch fehlt und deshalb nachgeliefert werden müsste.

Dominique Meschberger (SP) hält fest, auch ihre Fraktion könne der Vorberatung des Geschäfts durch die SBK zustimmen. Sie kann sich dem Votum des Vorredners anschliessen und macht beliebt, dass die SBK beispielsweise zusammen mit der Schulleitung die Bedürfnisse der Schule usw. noch klärt und bespricht.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) äussert, die Mittefraktion unterstützt die Vorberatung der komplexen Vorlage durch die SBK.

Lisette Kaufmann (GL) führt aus, auch die Grüne Fraktion unterstütze die Überweisung an die SBK.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2015/188 an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zur Vorberatung überwiesen.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass das Geschäft an der Juni-Sitzung wegen Zeitmangel vertagt werden musste und der Bereich Bildung froh wäre, wenn die Unterrichtsmittel bald einmal bestellt werden könnten.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) bittet die SBK-Mitglieder, sich am Schluss der heutigen Sitzung bei Ratskollegin Verena Baumgartner zu melden, damit die nächste SBK-Sitzung terminiert werden kann.

296 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. GEP / Revision Genereller Entwässerungsplan (GEP), Bruttokredit von TCHF 442.8 (Nr. 2015/189)

Ratspräsidentin Meret Frenke (GL) kann nach Umfrage feststellen, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage Nr. 2015/189 unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass das Geschäft bzw. die Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen werden soll. Die Ratsmitglieder möchten sich nun nur dazu äussern, ob das Geschäft an die BPK überwiesen oder ob dieses Geschäft gar direkt beraten werden soll.

Hanspeter Stoll (SP) sagt, seine Fraktion möchte das Geschäft direkt beraten. Die GEP-Überprüfung wird vorgeschrieben, die Kosten sind ebenfalls veranschlagt und die BPK wird substantiell auch nichts mehr ändern können.

Pascal Porchet (FDP) informiert, dass sich die FDP-Fraktion für eine Überweisung an die BPK ausspreche. Von Interesse dürfte beispielsweise sein, was für Folgen die Resultate der GEP-Revision bezüglich den anschliessenden Sanierungen haben könnten.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, ihre Fraktion unterstütze ebenfalls eine Beratung der Vorlage durch die BPK, damit dann auch Fragen von Rats- und Kommissionsmitgliedern von einer Fachperson beantwortet werden können.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass Vorlagen betreffend grösseren Investitions- und Instandstellungsarbeiten im Zusammenhang mit Werkleitungen immer von der BPK vorberaten wurden. So ist es nicht mehr als logisch und konsequent, dass der übergeordnete GEP ebenfalls an diese Kommission überwiesen wird.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, er treffe sich gerne mit der BPK, doch weiss er nicht, was er im Zusammenhang mit der vorliegenden Vorlage mit der Kommission besprechen soll. Die periodische GEP-Revision wird vom Kanton vorgeschrieben und erst nach Vorliegen der Resultate ist dann der Zeitpunkt da, in welchem der Rat die weiteren Schritte beraten und beschliessen kann. An der letzten Ratssitzung hatte ein Ratsmitglied die GEP-Revision mit der Ausarbeitung des Wasser- und Abwasserreglementes in Zusammenhang gebracht. Eine Arbeitsgruppe der Verwaltung arbeitet bereits an der Ausarbeitung der beiden Reglemente, da diese Arbeiten nicht vom „GEP-Check“ abhängig sind.

Diego Stoll (SP) meint, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um eine exekutive Aufgabe handelt. Sollte noch Klärungsbedarf vorhanden sein, so möchte man ihm die Fragen doch bitte vorgängig der ersten Kommissionssitzung zukommen lassen. Er habe schon etwas das Gefühl, dass man das Geschäft alleine wegen dem hohen Kreditbetrag an die BPK überweisen möchte.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass gemäss Projektbeschrieb die erfassten Daten auf den VHS-Kassetten nicht mehr zeitgemäss sind und deshalb Neuaufnahmen notwendig sind. Eine Digitalisierung ist aber auch von den vorhandenen Daten der VHS-Kassetten möglich. Könnten die Kanalfernseh-Neuaufnahmen vielleicht noch einen anderen tieferen Grund haben? Bei einem Kreditbegehren von fast einer halben Million ist auch die Einberufung einer Kommissionssitzung verantwortbar, selbst wenn man später zur Erkenntnis kommen würde, dass diese vielleicht gar nicht nötig gewesen wäre.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, dass vom Stadtrat im Zusammenhang mit der Budget-Beratung versprochen wurde, dass man nach einer Auslegeordnung betreffend dem Sanierungs- und Investitionsbedarf für die nächsten Jahre noch im Jahr 2015 Klarheiten schaffen werde. Auch ist es wichtig, dass man nun einmal einen verbindlichen Terminplan betreffend der Ausarbeitung des Wasserreglementes und des Abwasserreglementes erhält, nachdem man hier im Rat während mehreren Jahren verströset wurde.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, dass noch etwas Zeit vergehen dürfte, bis die Arbeitsgruppe die in Aussicht gestellte Auslegeordnung vorlegen kann, somit dürfte auch der GEP-Check unnötige Verzögerungen erfahren.

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit 23 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen wird die stadträtliche Vorlage Nr. 2015/189 an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

Diego Stoll (SP) bittet die BPK-Mitglieder, im Anschluss an die Sitzung bei ihm vorbeizukommen, damit die nächste Kommissionssitzung terminiert werden kann.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Meret Franke (GL) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Nach Umfrage kann sie feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Meret Franke

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann